

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kirschmann, Berlin.
Telefon: Amt Döberitz 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Telefon: Spandauer

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung des Verlags zulässig. Rückgabe der Originalen ist erforderlich. Abdruck für alle Fälle ist Berlin.

Berlin, den 19. August 1931

Int. Institute
Soc. Geschichte
Amsterdam

Das Baseler Kompromiss.

SPD. Das nach schwierigen Verhandlungen in der Nacht zum Mittwoch in Basel zustandegekommene Kompromiss bringt zunächst für Deutschland hinsichtlich seiner kurzfristigen Verschuldung eine Atempause von 6 Monaten. Während dieser Zeit hat man den Möglichkeiten nachzugehen, aus dem Kompromiss eine Endlösung zu machen. Dabei kommt alles darauf an, wie Deutschland die ihm gebotene Chance ausnutzt.

In diesem Zusammenhang hat der Bericht des Baseler Komitees, der nach dem Herausgeber einer bekannten englischen Wirtschaftszeitschrift, des Economist, als Laytonbericht bezeichnet wird, grösste Bedeutung. Der Bericht knüpft an zwei grosse Fehler in der internationalen Wirtschaftsverflechtung an. Er sagt einmal, dass man die Gläubigerstaaten - und im Laytonbericht wird unter Gläubigerstaaten vor allem Deutschland verstanden - zu sehr mit Zahlungsverpflichtungen überlastet hat. Er sagt weiter, dass der Protektionismus in der Welt die Handelsmöglichkeiten eingeschränkt hat, sodass die Aussichten, die dem Gläubigerstaat auferlegten Zahlungsverpflichtungen aus dem Ertrag seiner Wirtschaft zu erfüllen, unnatürlich und unerträglich eingeschränkt worden sind. Daraus ergeben sich zwei Folgerungen: neue Reparationsverhandlungen mit dem Ziel, die deutschen Reparationslasten der deutschen Wirtschaftskraft anzupassen, und eine Einschränkung des Internationalen Protektionismus. Nur unter diesen Umständen kann Deutschland langfristige Kapitalien, die es zur Ankurbelung seiner Wirtschaft braucht, erhalten. Der Laytonbericht sagt uns nichts Neues. Es sind bekannte Wahrheiten, die hier allerdings besondere Bedeutung erhalten, da sie von einem Kreis der besten internationalen Sachverständigen ausgesprochen wurden. Der Laytonbericht wendet sich damit an die Politiker. Ist die Welt während der fürchterlichen Krise für die im Laytonbericht enthaltenen Gedankengänge reif geworden, dann werden wir zu einer Lösung der Reparationskrise und zu einer erfolgreichen Auseinandersetzung mit dem Krebsübel des Protektionismus kommen, was sicherlich stark zur Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise beitragen wird. Tritt der schlimmste Fall ein, ist die Welt nicht reif dazu, dann werden wir eine Reihe der bekannten Weltkonferenzen ohne Ergebnis erleben. Wir wollen hoffen, dass der Welt dieses Schauspiel nicht geboten wird und sie reif ist.

Das geht besonders Deutschland an. Es ist wahrscheinlich ein Fehler des deutschen Volkscharakters, in politischer Beziehung von einem Extrem ins andere zu fallen, himmelhoch jauchzend und tief betrübt zwischen Erde und Himmel zu schwanken. Deutschland hat nun bereits einige Wochen in "Selbsthilfe" gemacht und schon eingesehen, dass sich das alles sehr schön anhört, aber unmöglich gut ausgehen kann. Jetzt, wo der Baseler Bericht aller Welt bescheinigt, dass Deutschland auf die ausländische Kredithilfe angewiesen ist, droht die Gefahr, dass alle Karten auf die ausländische Hilfe gesetzt werden. Aber nur nicht! Alle Welt wird dem Laytonbericht glauben, dass Deutschland ein Kernstück in der weltwirtschaftlichen Verflechtung ist, dass ihm nur durch

ausländischen Kredit geholfen werden kann und ihm geholfen werden muss. Aber zwischen Glauben und dem Hingeben von Krediten ist noch ein recht langer Weg. Diesen Weg hat Deutschland zu gehen und dieser Weg bedeutet nichts anderes als die Wiederherstellung des Vertrauens zu Deutschland. Hier hat Deutschland zu zeigen, was Selbsthilfe ist und was Selbsthilfe kann.

Wir müssen uns darüber klar sein, dass die Wiederherstellung des Vertrauens vor allem einen völligen politischen und wirtschaftspolitischen Kurswechsel erforderlich macht. Der Laytonbericht selbst betont, dass eine Verständigung Deutschlands mit Frankreich notwendig ist. Unsere Aussenpolitik hat dem Rechnung zu tragen und hier haben die Mittel der deutschen Innenpolitik einzusetzen. Wir müssen in Deutschland, wenn das ausländische Vertrauen zu uns wiederkommen soll, zu einer politischen Befriedung kommen. Es geht nicht an, dass die Radikalen von links und rechts jeden Tag den Bürgerkrieg an die Wand malen. Welcher ausländische Finanzmann wird mit ruhigem Gewissen sein Geld nach Deutschland verleihen, wenn ihm jeden Tag die Gefahr eines bevorstehenden Bürgerkrieges vor Augen gemalt wird? Inzwischen haben wir gesehen, wie günstig der Misserfolg des Volksentscheids auf die ausländische Stimmung gewirkt hat. Daraus lässt sich ermessen, wie wichtig es ist, dass sich die Republik die kindisch-blöden und unverantwortlichen Angriffe ihrer Gegner nicht mehr mit der unbegreiflichen Gelassenheit gefallen lässt wie bisher. Auch mit der deutschen Justiz sollte man in dieser Beziehung ein ernstes Wort reden.

Erforderlich ist weiter ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel. Unter dem Einfluss der Interessentengruppen hat die Regierung Brüning in den letzten Wochen eine Politik betrieben, die nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande Bedenken ausgelöst hat. Wo gibt es eine Regierung in der Welt, die mit Hunderten von Millionen Privatbanken saniert und es ablehnt, sich den nötigen Einfluss und die nötige Kontrolle bei diesen Banken zu sichern? Welchen Einfluss hat die Regierung bisher auf die Verwendung dieser Gelder? Welche Gewähr hat sie bis jetzt dafür, dass die Gelder richtig verwendet werden und die Sanierung nicht durch neue Unbegreiflichkeiten illusorisch gemacht wird? So wird auch das Ausland fragen. Seine Forderung, dass der Staat eine volkswirtschaftlich richtige Lenkung der ausländischen Kapitalien garantiert, ist durchaus begründet. Die Regierung sollte jedenfalls die Frage der Bankenkontrolle nicht unterschätzen. Sie hat aussen- und kreditpolitische Bedeutung. Es wird weiter an der Zeit sein, endlich mit der Bereinigung in der deutschen Wirtschaft Ernst zu machen. Es geht nicht an, dass diese Frage hingezogen wird und die öffentliche Hand weiter Mittel zur Verfügung stellt um einen gewissen Teil der Industrie vor Kapitalverlusten zu bewahren, die doch einmal kommen müssen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass mit der wahnsinnigen Kaufkraftvernichtung in Deutschland endlich Schluss gemacht wird. Das Ausland hat ein Interesse daran, dass Deutschland, einer der grössten Verbraucher in der Welt, wieder seine Rohstoffe kauft. Aber die Aussichten schwinden, wenn Gehalts- und Lohnkürzungen den Verbrauch in Deutschland unnatürlich einschränken. Auf Kaufkraftvernichtung laufen auch die spekulativen Getreidepreissteigerungen die mit öffentlichen Mitteln durchgeführt werden und die die deutschen Getreidepreise auf den doppelten und den dreifachen Betrag der Weltmarktgetreidepreise getrieben haben, hinaus. Man wird den Schieleschen Exzessen ganz energisch entgegentreten müssen, wie man sich auch darüber klar sein muss, dass die Regierung jetzt endlich in der Preissenkungsaktion und in der Kartellfrage einen entscheidenden Schritt tun muss.

Das Baseler Ergebnis ist alles in allem ein Beweis dafür, dass die Verbundenheit der Völker kein Traum, sondern Wirklichkeit ist. Es kommt jetzt aber darauf an, dieses Zeugnis internationaler Solidarität auszunützen. Der Wechsel, den man in Basel ausgestellt hat, muss eingelöst werden. Ob und wie das geschieht, das hängt schliesslich von der künftigen Politik Deutschlands ab.

SPD. Bochum, 19. August (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Wagner wurde am Mittwoch wegen Beleidigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Das Urteil hat eine lange Vorgeschichte, die wiederum zeigt, wie verschiedenartig heute in unserer Justiz Recht gesprochen wird.

Im April 1929 erschienen in der nationalsozialistischen Zeitung "die neue Front" Artikel, für die der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Wagner-Bochum verantwortlich zeichnete. Die Artikel enthielten schwere Beleidigungen und Ehrenkränkungen für den Rechtsanwalt Dr. Levy-Essen, der gegen Wagner ein Verfahren wegen öffentlicher Beleidigung anstrebte. Durch Urteil des Erweiterten Schöffengerichtes in Essen vom 12. August 1930 wurde Wagner wegen Beleidigung in Tateinheit mit übler Nachrede zu einem Monat Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt. Später erfolgte durch Urteil der Strafkammer in Essen vom 3. Oktober 1930 Freispruch des Angeklagten, da die Strafkammer die Auffassung vertrat, dass der Nachweis der Täterschaft gemäss §§ 20 und 21 des Pressegesetzes nicht voll erbracht sei. Die Revision des Staatsanwaltes und des als Nebenkläger zugelassenen Rechtsanwaltes Dr. Levy führte dann dazu, dass das Reichsgericht am 30. März 1931 das freisprechende Urteil aufhob und die Sache zur nochmaligen Verhandlung nicht an das Landgericht in Essen, sondern an das Landgericht in Bochum verwies. In der Hauptverhandlung fehlte der Angeklagte Wagner, weil er offenbar nach den Gründen des reichsgerichtlichen Urteils eingesehen hatte, dass seine Stellung nicht zu halten war. Seine Berufung wurde infolgedessen ohne weiteres verworfen, wodurch das erstinstanzliche Urteil, das auf 1 Monat Gefängnis lautete, rechtskräftig geworden ist.

Die zur Hauptverhandlung geladenen Zeugen Terhoven, Zilkens und Siepmann, alle führende Mitglieder der Nazi-Partei, waren der Verhandlung ebenfalls ohne jede Entschuldigung ferngeblieben. Das Gericht nahm sämtliche 3 Zeugen in Geld bzw. Haftstrafe.

SPD. Was geht im Reichsgericht vor? Diese Frage ist schon wiederholt gestellt worden, ohne dass sie bisher eine zufriedenstellende Beantwortung erfahren hätte. Wir wiederholen sie heute angesichts einer Begründung, die das oberste Gericht des Reiches neuerdings zur Herabsetzung des kürzlich erlassenen Verbots des Münchener Nazi-Blattes von 4 auf 3 Wochen gegeben hat. Mit dieser Begründung werden Verbote nationalsozialistischer Hetzblätter in Zukunft fast unmöglich gemacht.

In einzelnen Punkten macht sich die Begründung des Reichsgerichts die Nazi-Beschwerde fast vollinhaltlich zu eigen. So findet das Reichsgericht beispielsweise in der Balkenüberschrift des Münchener Nazi-Blattes: "Die Polizei sieht der roten Mordhetze ruhig zu!" nicht etwa den Vorwurf der Pflichtvergessenheit, sondern es meint, dass die Nationalsozialisten wegen der fortwährenden Zusammenstöße mit Kommunisten einen gewissen Anspruch auf verschärften Schutz hätten. Wörtlich heisst es dann geradezu beleidigend für die Münchener Polizeibehörde, die den "Völkischen Beobachter" seinerzeit verboten hat: "Die in den Artikeln des Völkischen Beobachter geschilderten Vorgänge ergeben einen Tatbestand, aus dem ein gewisser Gleichmut der fraglichen Polizeistelle gegen das von anderen als sehr gefährlich angesehene Handeln der Kommunisten herzuleiten ist."

Auch in dem Wort "Polizeiterror" erblickt das Reichsgericht keine Beschimpfung. Das Wort Terror habe "durch den seit längerem infolge der aufgeregten Zeitverhältnisse häufigen Gebrauch bei allen möglichen Vorgängen den früher mit ihm zwangsläufig verbundenen Inhalt verloren." Ebenso sei die Kritik des Völkischen Beobachter an dem polizeilichen Vorgehen gegen die Bewachung des Münchener Braunen Hauses nicht so weit über das Mass ruhiger Sachlichkeit hinausgegangen, dass sie eine Beschimpfung der Polizei darstelle.

Diese Feststellung trifft das höchste Gericht des Reiches, obwohl der "Völkische Beobachter" seinerzeit in der unerhörtesten und durch nichts mehr zu überbietenden Weise gegen die Polizei und insbesondere gegen die ausführenden Organe gehetzt hatte.

Die Begründung des Reichsgerichts enthält schliesslich noch die Mahnung an die Behörden, bei der Festsetzung einer Verbotsdauer für den Völkischen Beobachter auf dessen Eigenschaft als Zentral- und leitendes Organ der NSDAP in dem Sinne besondere Rücksicht zu nehmen, dass in diesem Falle auch bereits ein kurzes Verbot eine ernste Massnahme darstelle. Das ist ebenso wie die ganze Argumentation des Reichsgerichts eine Auffassung, die nur einem Nazi-Hirn entspringen kann.

SPD. Bonn, 19. August (Eig. Drahtb.)

Die Bonner Strafkammer verurteilte den nationalsozialistischen Agitator Freiherrn von Elz wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz zu 2 Monaten Gefängnis und wegen Beleidigung des früheren Polizeipräsidenten von Berlin Zörgiebel zu 100 Mark Geldstrafe.

Von Elz hatte in einer Wahlversammlung im September vorigen Jahres behauptet, Zörgiebel habe während der Revolution im November 1918 in Trier in einer öffentlichen Versammlung vor Zuhältern, Zuchthäuslern und betrunkenen Matrosen eine Hetzrede gehalten. Ausserdem hatte sich von Elz einer Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform schuldig gemacht, indem er die Demokratie als Schwindel und Betrug bezeichnete, von einem Betrug der November-Republik redete und die Reichsfarben als schwarzrotgold verächtlich machte. In erster Instanz war der Hetzer freigesprochen worden, weil das Gericht den amtlichen Bericht der die Versammlung überwachenden Polizeibeamten als "nicht beweiskräftig" ansah. Die Strafkammer kam jetzt zu einer vernünftigeren Auffassung der Sache.

SPD. Die Entscheidung im Lohnkonflikt der Gemeindearbeiter wird erst am Freitag fallen. Die Erklärungsfrist für die Parteien zu dem Einigungsvorschlag des Reichsarbeitsministers ist bis Freitagabend 6 Uhr verschoben worden. Am Freitag früh 10 Uhr beginnen jedoch neue Verhandlungen, in denen eine Lösung gesucht werden soll. Die Verbände werden dann am Freitag endgültig zu dem Konflikt Stellung nehmen. Die Erklärungsfrist wurde mit Zustimmung des Arbeitgeberverbandes verlängert.

Die neue Verhandlungsmöglichkeit ist das Ergebnis einer Intervention des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Reichsregierung, die auf Wunsch des Gesamtverbandes erfolgte. In einer Besprechung mit dem Kanzler und Reichsfinanzminister, an der später auch der Reichsarbeitsminister teilnahm, haben die Vertreter des Vorstandes der Reichstagsfraktion auf die Gefahren der bereits bedenklich zugespitzten Situation aufmerksam gemacht. Ferner wurden in der Besprechung mit dem Kanzler noch Fragen allgemein politischer Natur erörtert.

SPD. London, 19. August (Eig. Drahtb.)

Die Arbeiterregierung beschäftigte sich am Mittwoch den ganzen Tag über mit den Spar-Vorschlägen des Sparausschusses. Die Beratungen wurden abends nach einer kleinen Pause fortgesetzt.

Die Londoner Blätter enthalten zahlreiche Nachrichten über die wahrscheinlichen Massnahmen der Regierung. Alle diese Nachrichten eilen aber den tatsächlichen Absichten des Kabinetts vorläufig noch weit voraus. Sobald die Regierung ihre Beratungen abgeschlossen hat, wird sie mit den Parteien verhandeln. Erst dann dürften zuverlässige Angaben über die Sparaktion zu erhalten sein.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Der Zahlungsverkehr der Sparkassen hat sich in den letzten Wochen, wie erwartet, reibungslos abgewickelt. Angesichts dieser erfreulichen Entwicklung sind etwaige, anscheinend im Zusammenhang mit Presseerörterungen über eine "Sparkassenreform" hier und da aufgetauchte Befürchtungen wegen neuer Beschränkungen im Auszahlungsverkehr gegenstandslos. Zu derartigen Massnahmen liegt keinerlei Anlass vor.

SPD. Paris, 19. August (Eig. Drahtb.)

Aus der am Mittwoch veröffentlichten Statistik über den französischen Aussenhandel im Juli ergibt sich ein Einfuhrüberschuss im Werte von 1216 Millionen Francs. Damit hat sich das Defizit des französischen Aussenhandels für die ersten sieben Monate des Jahres auf 8183 Millionen Francs erhöht.

SPD. Budapest, 19. August (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Bethlen ist am Mittwoch völlig unerwartet zurückgetreten. Der Reichsverweser nahm den Rücktritt des Kabinetts an und beauftragte den bisherigen Aussenminister Graf Julius Karoly mit der Bildung des neuen Kabinetts. Der bisherige Finanzminister lehnte einen entsprechenden Auftrag des Reichsverwesers ab.

Der Rücktritt des Kabinetts Bethlen ist hauptsächlich auf aussenpolitisch Momente zurückzuführen und steht im engen Zusammenhang mit dem Verhältnis zwischen Ungarn und Frankreich. Zuverlässig verlautet, dass die französische Regierung, mit deren Hilfe Ungarn angesichts seiner katastrophalen Wirtschaftslage schon seit Monaten rechnet, in letzter Zeit in Budapest wiederholt Vorstellungen in dem Sinne erhoben hat, dass sie in der Regierung Bethlen keine genügende Garantie für die von ihr geforderte Hilfe sieht. Die französische Regierung soll bei diesen Vorstellungen zugleich von dem Gedanken einer Annäherung der Kleinen Entente an Ungarn beseelt gewesen sein.

Graf Bethlen erklärte am Mittwoch, dass er zurzeit ruhebedürftig sei und in der neuen Regierung ein Amt nicht mehr übernehmen werde. Inwieweit er zu diesen Erklärungen stehen wird, bleibt abzuwarten.

SPD. Riga, 19. August (Eig. Drahtb.)

Der stellvertretende Leiter der GPU Mensing ist durch Beschluss des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion seines Amtes enthoben worden. Mensing ist dem Aussenhandelskommissariat zugeteilt worden. Welche Gründe dieser Massregelung zugrundeliegen, ist bisher nicht bekannt geworden.

SPD. Unter dem Druck zahlreicher Wahlkreisverbände hat der bisherige Führer der Wirtschaftspartei Drewitz sein Amt zur Verfügung stellen müssen. Die vorläufige Führung der Wirtschaftspartei hat der frühere Justizminister Dr. Bredt übernommen.

Drewitz ist als Opfer seiner geschäftlichen Manipulationen gegangen. Sie standen zu den von ihm öffentlich propagierten Grundsätzen fast immer in scharfem Widerspruch. Sein Hauptgegner, der frühere Wirtschaftsparteiler und jetzige staatsparteiliche Abgeordnete Colosser wiederholt deshalb, dass er die gegen seinen Antipoden erhobenen Behauptungen über den Missbrauch von Geldern der Wirtschaftspartei aufrecht erhalte.

Kampf der Jugend.

Zum 6. Deutschen Arbeiterjugendtag in Frankfurt am Main.

SPD. Seit Monaten steht die Jugend im Trommelfeuer des politischen Kampfes. Die Wirtschaftskrise hat die Jugend der Arbeit mit aller Härte getroffen. Eine halbe Million junger Menschen steht im Heer der Arbeitslosen, und viele von ihnen tragen das unverschuldete Schicksal der Erwerbslosigkeit schon seit Monaten, ja manche schon seit Jahren. Der Beschäftigungslosigkeit auf der einen Seite steht die unvernünftige Belastung der noch in Lehr- oder Arbeitsverhältnis befindlichen Jugendlichen gegenüber. Man hört nichts mehr von der beabsichtigten Verwirklichung der Arbeitszeit- und Urlaubsforderungen, die von der gesamten deutschen Jugend erhoben werden. Man spricht kaum noch von der so dringend notwendigen Reform der Berufsausbildung. An die Stelle des sozialen Fortschritts ist die soziale Reaktion getreten. Ihr Weg führt von dem völligen Stillstand jeder ernsthaften Jugendschutzpolitik über die Beseitigung der Unterstützung für die arbeitslosen Jugendlichen bis zum freiwilligen Arbeitsdienst, der der Jugend keine Hilfe bringt, der aber den Reaktionen aller Schattierungen gefährliche Möglichkeiten zur Verwirklichung ihrer jugend- und staatsfeindlichen Absichten gibt.

Die arbeitende Jugend erlebt einen grausamen Anschauungsunterricht über den Widersinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und mit Leidenschaft sucht sie nach neuen Wegen, die aus dem Chaos der Gegenwart in eine sinnvollere Zukunft führen. An Rezepten und guten Ratschlägen fehlt es ihr nicht. Es haben sich viele gemeldet, die gerade jetzt ihre Führermission gegenüber der Jugend entdeckten und vor allem die Radikalen links und rechts werden nicht müde, der Jugend einzureden, dass es nur der Bekenntnisse zu ihren Zielen bedürfe und die Jugend werde morgen in das dritte Reich oder in das Sowjetdeutschland einmarschieren, um ledig aller Sorgen, frei von innerem und äusserem Druck dort ein Leben in lauter Freude zu beginnen.

Die Sozialistische Arbeiterjugend hat diesen Jugendbetrug nicht mitgemacht. Sie ist nicht müde geworden, immer wieder gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei und den Freien Gewerkschaften das Recht der Jugend zu fordern. Aber sie hat auch in der hinter ihr stehenden Jugend immer von neuem die Erkenntnis gestärkt, dass der politische Wunderglaube der hüben und drüben genährt wird, die Berge der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten nicht versetzt, sondern dass die Jugend nur dann eine Erleichterung ihrer Lage erleben wird, wenn sie selbst unablässlich arbeitet an ihrer politischen Schulung und sich einreicht in die Formationen der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Wir sind wegen dieser Haltung wütend bekämpft worden von links und von rechts. Die Kommunisten insbesondere haben nichts unversucht gelassen, um unter dem Druck der wirtschaftlichen und politischen Not das Vertrauen der arbeitenden Jugend zu unserer Bewegung zu erschüttern, die Organisation von innen her zu zersetzen, um bei der Jugend die erste grosse Bresche in die Front der sozialistischen Arbeiterbewegung zu schlagen. Wir haben in diesen Monaten selbst mit Zweifeln in der eigenen Bewegung zu kämpfen gehabt, die unter dem Ansturm der Nationalsozialisten und Kommunisten die Nerven verloren und die Methoden der anderen auch für die sozialistische Bewegung angewendet wissen wollten.

Wir sind in der kommunistischen Presse mindestens einmal in jeder Woche totgesagt worden und wir selbst rechneten damit, dass es uns in dieser Krisenzeit trotz aller Anstrengungen nur gelingen würde, den Stand der Organisation zu halten. Heute am Vorabend unseres 6. Reichsjugendtages können wir ohne übertriebenen Optimismus sagen, dass unsere Bewegung sich nicht nur behauptet hat, sondern dass unsere Jugendorganisation sich glänzend geschlagen hat. Der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend schliesst das erste Halbjahr 1931 ab mit einer absoluten Mitgliederzunahme von rund 4 000. Wir haben damit wie

der eine Gesamtmitgliederzahl von 60 000 erreicht und dieser Fortschritt wiegt umso schwerer, als gerade in der Zeit seit den Septemberwahlen viele unserer älteren Mitglieder zur Sozialdemokratischen Partei übergegangen sind.

Unser Frankfurter Jugendtag wird die öffentliche Bestätigung dieses Aufstiegs bringen. Wir haben diese grosse Reichstagung beschlossen als die äusseren Umstände noch günstiger waren als heute, und wir haben in den kritischen Junitagen ernsthaft die Frage geprüft, ob unter den gegenwärtigen Umständen die Abhaltung einer Massenkundgebung zu verantworten ist. Wir haben an unserem Plan festgehalten und die Jugend hat unser Vertrauen in ihre Opfer- und Handlungsfreudigkeit gerechtfertigt. In Frankfurt werden trotz der Wirtschaftskrise 20 000 Jungen und Mädchen aufmarschieren, mehr als ein Drittel unserer Mitgliedschaft wird sich dort zusammenfinden, um gegen Faschismus und Kriegsgefahr für Demokratie und sozialistischen Aufbau zu demonstrieren. Mühsam haben alle die Groschen für das Fahrgeld gespart. Tausende sind seit Wochen zu Fuss unterwegs. Alle aber eint der Wille: nun erst recht Zeugnis abzulegen von der Treue zu den Idealen des Sozialismus. Der Frankfurter Jugendtag aber ist zugleich der rote Tag der Sozialdemokratie Hessens und Hessen-Nassaus. Wieder wird sich zeigen, dass das Bündnis zwischen Jung und Alt im Sozialismus unerschütterlich ist. Wir sind ein Volk, uns beseelt ein Wille und uns leitet ein Ziel: der Sozialismus.

Das Wesentlichste auf diesem Jugendtag wird aber die Jugend selbst sein. Wo ist die Bewegung in Deutschland, die es fertig bringt, 20 000 junge Menschen in dieser Notzeit aus freiem Willen zu vereinigen für ein Ideal, das so umkämpft, so verleumdet, so bestürmt wird, wie das sozialistische. Nur im Sozialismus marschiert eine neue Armee, eine Armee des Friedens, der Freiheit, der Demokratie und des Sozialismus. Diese Armee führt keine Mordwerkzeuge mit sich, aber sie führt die Waffen, die noch immer in der Menschheitsgeschichte den endgültigen Sieg errungen haben: Opfermut, Siegeszuversicht, Wissen, Begeisterung und einen unerschütterlichen sozialistischen Lebenswillen aus dem wir alle täglich von neuem die Kraft gewinnen können, für den Kampf um den Sieg unserer höchsten Ideale: Sozialismus und Völkerfrieden.

Erich Ollenhauer.

Die Nazi-Pest.

SPD. Stuttgart, 19. August (Eig. Drahtb.)

In dem in Ulm erscheinenden Nazi-Blatt hat der Reichstagsabgeordnete Dreher unwahre Behauptungen über den finanziellen Stand des Ulmer Konsumvereins aufgestellt. Der Konsumverein erwirkte gegen Dreher in dessen Eigenschaft als Verleger eine einstweilige Verfügung, durch die Dreher die Weiterverbreitung der falschen Behauptungen untersagt wird. Ausserdem wurde er zu den Kosten verurteilt. Aber weder Dreher noch der Nazi-Verlag haben Geld, sodass jetzt zur Pfändung der Büromöbel geschritten werden musste.

Uebrigens wird Dreher in der nächsten Zeit nach München ins Braune Haus übersiedeln.

Der Präsident der württembergischen Landesversicherungsanstalt, der württembergische Zentrumsabgeordnete Andre, veröffentlicht folgende Erklärung:

"Der NS-Kurier hat mich verdächtigt, ich habe unberechtigterweise eine mir nicht zustehende Urlaubsabfindung in Höhe von über 10 000 Mark von der Landesversicherungsanstalt Württemberg ausbezahlen lassen. Weiter erhebt der Artikel eine Reihe von Vorwürfen gegen meine Geschäftsführung. Hierzu erkläre ich: Ich habe den Artikel des NS-Kurier dem württembergischen Wirtschaftsministerium und dem Reichsversicherungsamt als den Aufsichtsbehörden der Landesversicherungsanstalt Württemberg zur Prüfung der in ihm gegen meine Person und meine Geschäftsführung enthaltenen Vorwürfe übergeben. Während des

Laufes der Untersuchung, deren Ergebnis ich mit aller Ruhe entgegensehen kann, muss ich mich einer Äusserung in der Öffentlichkeit enthalten.

Die sozialdemokratische "Schwäbische Tagwacht" folgert aus dieser Erklärung, dass in der Landesversicherungsanstalt eine Nazi-Zelle existiert, zu deren Bestand Herr Andre durch seine Personalpolitik beigetragen habe.

+ + +

Unter den Marschgesängen, mit denen die Nazihorden bei ihren Bürgerkriegsübungen durch das Land marschieren, befindet sich ein Lied, von dem eine Strophe lautet :

Wenn der Sturmsoldat zu Felde zieht,
Dann hat er frohen Mut!
Und wenn das Judenblut vom Messer spritzt,
Dann geht's noch mal so gut!

Gegen Mitglieder einer SA-Abteilung, die dieses Lied kürzlich bei einem Marsch durch Derendingen bei Tübingen sangen, wurde Strafantrag gestellt. Nicht nur aufgrund des § 130 des Strafgesetzbuches, sondern vor allem aufgrund der Notverordnung schien strenge Verurteilung geboten. Was aber tat das zuständige Tübinger Schöffengericht? Es nahm lediglich groben Unfug an und verhängte gegen einige Angeklagte Geldstrafen in Höhe von 15 Mark.

+ + +

Nicht nur die Justiz versagt in Württemberg. Auch die Verwaltungsbehörden, die dem Staatspräsidenten Bolz unmittelbar unterstellt sind, sind in der Abwehr der nationalsozialistischen Minierarbeit gegen den Staat sehr zurückhaltend, während sie mit Massnahmen gegen andere Parteien nicht sparen. In dem um Stuttgart gelegenen Oberamtsbezirk Stuttgart-Amt fanden in der letzten Zeit mehrfach Nachtmärsche und Felddienstübungen der Nazis statt, bei denen es fast regelmässig nicht nur zu nächtlichen Ruhestörungen, sondern auch zu Ueberfällen auf einzelne als Republikaner bekannte Persönlichkeiten kam. Am tollsten war der Ueberfall einer solchen Horde auf das Haus des Reichsbannervorsitzenden Moltenbreit in Echterdingen. In Presseerörterungen, die sich an diesen Vorgang anschlossen, konnten die Nationalsozialisten ohne Widerspruch die Behauptung aufstellen, dass ihre Aufmärsche vom Landratsamt Stuttgart-Amt in vorgeschriebener Weise genehmigt worden seien. Es ist nun kennzeichnend, dass diese Aufmärsche trotz der vorgekommenen Rohheiten und Zusammenstösse auch weiterhin in jeder Nacht zum Sonntag ungehindert stattfinden können. Dagegen hat das Landratsamt eine für Sonnabend-Abend nach Echterdingen einberufene öffentliche sozialdemokratische Versammlung, in der Landtagspräsident Pfäuger sprechen sollte, kurzerhand mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit verboten. Liegt hier die Parteinahme zugunsten der Nazi-Pest offen zutage oder nicht?

SPD. Paris, 19. August (Eig. Drahtb.)

Eine am Mittwoch von der Pariser Ausgabe des "New York Herald" veröffentlichte Londoner Agenturmeldung, nach der Frankreich und Sowjetrussland einen dem Berliner Vertrag ähnlichen Nichtangriffspakt abgeschlossen haben sollen, wird vom Quai d'Orsay als verfrüht bezeichnet. Nach Beginn der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Frankreich und Russland und besonders seit der Erneuerung des Berliner Vertrages hätten zwar Besprechungen zwischen dem Generalsekretär des Aussenministeriums, Berthelot, und dem russischen Botschafter in Paris über einen solchen Pakt stattgefunden, bisher sei aber noch kein Vertrag irgendwelcher Art abgeschlossen worden. Zunächst müsse die Regierung zu dem Plan Stellung nehmen.

Das rechtsstehende "Journal des Débats" wendet sich scharf gegen einen derartigen Neutralitätspakt mit Russland, weil er in Polen als Verrat angesehen werden würde.

Aus aller Welt

Orgien des Verbrechertums.

Der vergebliche Kampf gegen das Wüten der amerikanischen Unterwelt.

SPD. New York, Mitte August (Eig. Ber.).

Die Reputation der Chikagoer Banden hat die New Yorker Unterwelt nicht schlafen lassen. Sie sagt sich: Leben wir nicht in der reichsten Stadt der Welt; haben wir nicht wertvolle politische Beziehungen und eine Handvoll bestechlicher Stadtrichter, die nur zu gern die Befehle der Bosse der Verbrechersyndikate ausführen? Haben wir von Flugzeugen, geheimen Radiostationen, schweren Maschinengewehren und Dynamitbomben bis zur automatischen Kleinpistole nicht alles, um den Reinigungsversuchen der Bundes- und Staatsbehörden wirksam entgegentreten zu können? Und haben wir zuguterletzt unsere Freunde und Spitzel nicht überall in der 16 000 Mann starken New Yorker Polizeiarmeer sitzen, der erst neulich in dem Gutachten der Hooverschen Rechtskommission das Zeugnis der Korruptheit und engster Gemeinschaft mit der New Yorker Verbrechertumswelt ausgestellt worden ist? -

Keine Aufklärung des Harlemer Kindermords.

Was also braucht man mehr, um den einfachsten Rechtsansprüchen von Millionen Bürgern ungehindert ins Gesicht schlagen zu können? Gangsters fahren in Automobilen durch die in glühender Sommerhitze flimmernden Strassen und schiessen im Angesichte Tausender ihre Gegner unbekümmert ab. In einer dieser Fusilladen, die durch das italienische Viertel von Harlem führte, wurde ein Kind erschossen und vier weitere, darunter ein schlafendes Baby im Kinderwagen, schwer verletzt. Natürlich galten die Kugeln nicht den Kindern, sondern dem einen oder anderen Bandenkonkurrenten, der sich auf der anderen Seite missliebig gemacht hatte und dafür mit dem Leben bezahlen sollte. Wie stets in solchen Fällen konnte das Auto trotz der überfüllten Strassen unerkannt verschwinden. Alle Aufklärungsbemühungen der Behörden und Ausschreibungen von Dollar 30 000 zur Feststellung der Täter erwiesen sich als erfolglos. Die Nachforschungen der Polizei stiessen auf eiskalten Widerstand und ein Schweigen, das geradezu aus einer übernatürlichen Furcht geboren war.

Niemand wagt eine Anzeige.

Dieses Grabesschweigen ist vielleicht eine der fürchterlichsten Folgen, die das moderne Banditentum über Amerika gebracht hat. An ihm scheitern alle Spuren und Spitzelhinweise, an ihm scheitern die Anklageerhebung und Überführung der Schuldigen, dass die Hauptzeugen sich trotz besserem Wissen einfach weigern, belastend auszusagen. Sie wissen, was ihnen und ihrer Familie von der Hand der Spiessgesellen der überführten Verbrecher droht und sind nicht bereit, dieses ungeheure Risiko trotz aller Schutzzusicherungen auf sich zu nehmen. Handelt es sich um italienische Gangsters und um Verbrechen gegen deren Landsleute, so tröstet sich der Besserwissende damit, dass die Angehörigen der Ermordeten das Recht in ihre eigene Hand nehmen werden.

Die Prohibition - der grosse Schuldige.

Es wäre jedoch falsch, wollte man ausschliesslich verbrecherische Neigungen und eine geradezu sadistische Lust am gegenseitigen Abschlachten für diese Auswüchse verantwortlich machen. Diese Banden sind nur äusserliche Wucherungserscheinungen einer Krankheit, die sich im Laufe eines Jahrzehnts über ganz Amerika verbreitet hat und heute das Land zu zerfressen droht. Schuld an den Orgien des Verbrechertums und der fortschreitenden Durchlöcherung des amerikanischen Rechtssystems ist die Prohibition, die die Dinge auf diesen Höhepunkt

getrieben und in vielen Fällen die Behörden zu offenen Helfershelfern des Banditentums gemacht hat. Ist doch die organisierte amerikanische Verbrecherwelt heute eine Macht, die es mit jeder staatlichen Macht an Waffen und Mitteln aufnehmen kann, ja ihr sogar überlegen ist, weil sie die überwiegende Mehrheit der prohibitions müden Bevölkerung indirekt auf ihrer Seite hat. Das Verbrechen zieht aus dem geheimen Alkoholhandel, der Alkoholhandel aus der Prohibition seine Kräfte. Schwarzbrennerei, Alkoholschmuggel und Alkoholhandel haben das Tätigkeitsfeld des berufsmässigen Verbrechertums so ertragreich gestaltet, dass Tausende und Abertausende von Menschen täglich bereit stehen, sich gegenseitig die Häuse abzuschneiden und den schärfsten Strafen zu trotzen. Solange die Prohibitions gesetzgebung besteht, wird es keine Möglichkeit geben, die amerikanische Unterwelt wirksam zu bekämpfen. Die schärfsten Strafen, das rücksichtslose Vorgehen der Behörden muss erfolglos bleiben, solange die Prohibition eine Riesenprämie auf Gesetzesübertretungen setzt, solange die finanzielle Gewinnliste des Alkoholgeschäftes alle anderen Erwägungen in den Hintergrund treten lässt.

Tugend lässt sich nicht diktieren.

Wer im übrigen geglaubt hat, dass die behördlicherseits dekretierte Tugendhaftigkeit und Zwangsnüchternheit zu einer beträchtlichen Verminderung der Gefängnisinsassen führen werde, hat sich gründlich geirrt. Während im Jahre 1905 die tägliche Belegschaft in den Bundes-Strafanstalten 1617 betrug, war sie im Jahre 1930 auf 13 600 gestiegen. Die Zahl der Verurteilungen wegen Uebertretung von Bundesgesetzen belief sich im Jahre 1915 auf 13 477 und war im Jahre 1928 auf 69 265 gestiegen. Die letzten Jahre haben im strafrechtlichen Register der amerikanischen Nation weitere alarmierende Aufstiege gesehen, eine Tatsache, die ausschliesslich auf das Konto der Prohibitions gesetzgebung und ihrer entsittlichenden Wirkungen zu setzen ist. Die Prohibition ist nicht an einem Komplott von Interessenten gescheitert. Sie ist gescheitert an der Uhmöglichkeit, einer Nation von 120 Millionen behördlich vorzuschreiben, was sie trinken, wie sie sich benehmen und zu welchen moralischen Richtlinien sie sich bekennen soll.

+ + +
Die Eltern vergiftet? In Ofersheim bei Schwetzingen (Baden) wurden Sohn und Tochter eines Bahnarbeiterehepaares verhaftet und ins Gefängnis nach Mannheim gebracht. Beide stehen unter dem Verdacht des versuchten Arsen-Giftmordes an ihren Eltern. Es werden Erbschaftsmotive vermutet.

+ + +
Irrsinniger als Mörder. In der Irrenanstalt Lublinitz (Schlesien) ermordete ein dort untergebrachter 21jähriger Student in einem Tobsuchtsanfall seinen Wärter, indem er ihm mit dem Messer den Kehlkopf durchschnitt. Der Täter ist flüchtig.

+ + +
Autobus im Strassengraben. Zwischen Rinteln an der Weser und Bad Nenndorf fuhr ein Autobus gegen einen Baum und stürzte in den Chausseegraben. Von den 18 Insassen des Wagens wurden vier lebensgefährlich verletzt.

+ + +
Hunderttausendmark-Gewinn! In der fünften Klasse der Preussisch-süddeutschen Klassenlotterie wurde auf Los Nr. 144722 der Gewinn von 100 000 Mark gezogen. Das Los wird in beiden Abteilungen in Vierteln in Berlin gespielt. Die Gewinner sind kleine Geschäftsleute und ein Arbeiter.

+ + +
Bosporus durchschwommen. Anita Grew, die Tochter des amerikanischen Botschafters in Konstantinopel durchschwamm den bisher unbewältigten Bosporus vom Schwarzen Meer bis zum Marmara-Meer in fünf Stunden. Der amerikanische Botschafter begleitete seine Tochter die 19 Meilen lange Strecke in einem Motorboot.

+ + +

Nazikultur. Nationalsozialistische Studenten störten in Marburg an der Lahn eine von 1 000 Personen besuchte Versammlung, in der die Stuttgarter Aerztin Frau Dr. Kienle über den § 218 sprach, durch Zwischenrufe und Stinkbomben so beträchtlich, dass die Polizei die Rednerin schützen und die Veranstaltung abbrechen lassen musste.

+ + +
Verurteilter Bankräuber. Das Grosse Kölner Schöffengericht verurteilte am Mittwoch den 20jährigen Joseph Neunzig, der in verschiedenen deutschen Städten aufsehenerregende Einbrüche ausgeführt hatte, wegen eines Bankraubs in der Kreissparkasse in Hoffnungsthal bei Köln unter Anrechnung einer in Bremen über ihn verhängten Zuchthausstrafe von 6 Jahren zu insgesamt 10 Jahren Zuchthaus.

+ + +
Unwetterkatastrophe. In den Seitentälern der Nahe richtete ein Unwetter grossen Schaden an. In Ortschaften am Gräfenbach stürzten mehrere Strassenbrücken ein, in Wallheim Scheunen und andere Gebäude, Steine und Sand ver schütteten mehrere Häuser. Teilweise wurde durch das Wasser die Ernte und von den Weinbergen die Muttererde weggeschwemmt.

+ + +
Variétéversteigerung. Nach Mitteilung des Breslauer Amtsgerichts wird das bekannte Liebich-Variété in Breslau, das auf eine jahrzehntelange Tradition zurückblicken kann, zwangsversteigert werden. Die Belastung des Gebäudes und der mit ihm zusammenhängenden Grundstücke beläuft sich auf über 3 Millionen Mark. Unter den Gläubigern befindet sich die Mitteldeutsche Bodenkreditanstalt in Greiz mit 2,2 Millionen Mark.

+ + +
"Nautilus" auf Fahrt. Sir Hubert Wilkins will noch in diesem Jahr den Nordpol unter dem Eis erreichen. Das U-Boot "Nautilus" hat nach gründlicher Maschinenüberholung die Advent-Bai auf Spitzbergen verlassen und die Fahrt nach dem Polargebiet angetreten.

+ + +
Zigeunerschlacht in Lübeck. Auf der Lübecker Wallhalbinsel kam es zwischen dort lagernden Zigeunern zu einer blutigen Schlägerei. Einer der Zigeuner wurde durch einen Rückenschuss getötet. Der durch Messerstiche schwer verletzte Täter flüchtete, konnte aber ergriffen und festgenommen werden.

+ + +
Das Rätsel von Herrnalb. Der Binger "Fall Tetzner" scheint zum Teil geklärt zu sein. Ein Versicherungsmord liegt offenbar nicht vor. Man nimmt an, dass der im verbrannten Auto aufgefundene Leichnam tatsächlich der des Binger Autovertreters von Lacum ist. Indessen sind jetzt starke Bedenken aufgetaucht, ob v. Lacum seinen Namen mit Recht führte. Der Autovertreter behauptete z.B. evangelisch zu sein. Tatsächlich ist jedoch die Familie v. Lakum, die den Verstorbenen bisher nicht kannte, katholisch und schreibt sich mit einem "k". Auch andere Umstände sind verdächtig. Es besteht die Möglichkeit, dass sich der Automobilvertreter den Namen und die Papiere eines verschollenen Heinrich v. Lakum zugelegt hat.

+ + +
Flugzeugabsturz; 4 Tote. Ueber Rainy River (Ontario) stürzte ein Verkehrsflugzeug ab. Vier Personen wurden getötet.

+ + +
Freitod eines Bankdirektors. In Aschersleben nahm sich der frühere Leiter der dortigen Discontobankfiliale, Siebenburg, durch Erschiessen das Leben. Wirtschaftliche Schwierigkeiten bilden das Motiv der Tat.



Gefährliche Weichensteller.

Der Eisenbahner lehnt sie ab.

SPD. Die Bürgerkriegstreiber von Hitler bis Thälmann machen verzweifelte Anstrengungen, bei der Reichsbahn festen Fuss zu fassen. Die Zerstörungs-Strategen sind sich darüber im klaren, dass sie niemals ihr ach schon so lang vorbereitetes Abenteuer durchführen können, wenn sie nicht die Eisenbahn in der Hand haben. Die Bahn haben sie aber erst dann, wenn sie die Eisenbahner haben, und dasieht es halt für sie recht traurig aus. Schon das Wahlergebnis zum Hauptbetriebsrat bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn und zu den Bezirksbetriebsräten war für sie eine Pleite. Nun liegt das Gesamtergebnis der Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn vor, und auch das jetzt endgültig festgestellte örtliche Wahlergebnis bestätigt den überragenden Einfluss des freigewerkschaftlichen Einheitsverbandes.

Im ganzen wurden 16 948 örtliche Mandate gezählt. Davon erhielten: der Einheitsverband 12 125 = 71,5%, die christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (GdE) 2 946 = 17,3% der Mandate, während auf den Hirsch-Dunckerschen Allgemeinen Eisenbahnerverband (AEV) 726 = 4,2% der Mandate entfielen. Auf alle übrigen Organisationen und Gruppen kamen 857 Mandate = 5,0%. Unorganisierte Betriebsräte wurden 294 = 1,7% gezählt.

Wie steht es nun mit dem Gewinn der Kommunisten und Nazis? Auf die RGO entfielen 679 Mandate = 4%, auf Nazis und Gelben zusammen 78 - in Worten achtundsiebzig - Mandate = 0,4%. Die Nazis und Gelben konnten in der Statistik nicht scharf getrennt werden. Aber das ist schliesslich auch nicht notwendig; denn bei beiden handelt es sich ja um die gleichen Blüten des kapitalistischen Sumpfes. Rechnet man all die unsauberen Brüder des Nazozismus zusammen, - auch dann können sie mit ihrer Zahl keinen Staat machen.

Im Zusammenhang mit den neuen Ziffern lässt sich ergänzend feststellen, dass der Stimmenanteil des Einheitsverbandes bei der Wahl zum Hauptbetriebsrat 61,5%, bei der GdE 19,0%, beim AEV 6,9% und bei der RGO 11,7% beträgt. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Gruppen. Von 25 Mandaten des Hauptbetriebsrats erhielt der Einheitsverband 16, die GdE 5, der AEV 1 und die RGO 3 Mandate. Von 339 Sitzen in den Bezirksbetriebsräten hat der Einheitsverband 231 erhalten, die GdE 67, der AEV 15 und die RGO 26.

Die Nazis gingen sowohl im Hauptbetriebsrat wie in den Bezirksbetriebsräten leer aus. Weil sie bei den Betriebsrätewahlen abblitzten, versuchen sie jetzt, vor allem in der Beamenschaft verstärkten Einfluss zu gewinnen. Zu diesem Zweck haben sie vor kurzem eine Organisation ins Leben gerufen, die sich "Arbeitsgemeinschaft Nationaler Reichsbahnbeamten und Anwärter e.V." (ANRB) nennt, und ihren Sitz in Frankfurt/Main hat. Vorsitzender ist ein Oberbeamter namens Hermann Freche. Soeben liess die "Arbeitsgemeinschaft" auch eine Zeitung erscheinen, Das Blättchen trägt den vielversprechenden Titel "Das Vorsignal". Schon aus seiner ersten Nummer wird ersichtlich, dass die Gründer in der Zerschlagung der Gewerkschaften ihr oberstes Ziel sehen. Da sie bei solch kühnen Plänen Geld benötigen, erheben sie den horrenden Beitrag von 60 Pfennig pro Monat. Der in Aussicht genommene Kampf wird mit folgendem sinnigen Vers eingeleitet:

"Wach auf du alter Kampfesmut
Germanenblut Berserkerwut
zum letzten will ich werben.
Wer nicht als Sklave leben mag,
dem winkt der grosse Rachttag
zum Sterben."

Nach dieser blutrünstigen Stilblüte folgen die üblichen nationalsozialistischen Pöbeleien. Da aber die Herrschaften Dumme fangen wollen, rücken sie, als Beamtenfreunde maskiert, mit gewerkschaftlichen Forderungen an, die längst Allgemeingut der organisierten Beamten sind. Jeder Reichsbahnbeamte, der nur halbwegs Bescheid weiss, wird sich für das aufgetischte Obst bedanken, wenn er zum Beispiel folgende Forderung liest: "Unbegrenzttes Vertrauen in die Leitung. Zweifler, Nörgler, Besserwisser haben in den Reihen der ANRE ebenso wenig Platz wie solche, die internationalen Wahnideen huldigen oder nichtdeutscher Abstammung sind." Die Mitglieder haben also in dieser seltsamen Vereinigung jedenfalls nichts zu sagen. Was geschehen soll, wird von oben angeordnet. Wehe dem, der mukst. Stillgestanden! Hände an die Hosennaht!

Kann man von Soldatennarren, die die ganze Welt in eine Kaserne verwandeln möchten, etwas anderes erwarten? Einstweilen besteht jedoch die Reichsbahnbeamtenschaft noch nicht aus Rekruten.

SPD. Der Schiedsspruch für die Herren- und Damenmasschneiderei ist vom Reichsarbeitsminister am Mittwoch für verbindlich erklärt worden. Damit tritt die Tarifordnung, deren Geltung Ende Juli abgelaufen war, mit den durch den Spruch vorgesehenen Aenderungen wieder in Kraft.

Die Verbindlichkeitserklärung ermöglicht, dass nun bereits am kommenden Freitag endgültige Lohnzahlungen erfolgen können.

Die Forderung der Gewerkschaften auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs war in erster Linie ein tarifpolitischer Schachzug, da die Arbeitgeber darauf aus waren, eine neue Tarifordnung überhaupt unmöglich zu machen.

SPD. Der Internationale Textilarbeiterkongress beschäftigte sich am Mittwoch vormittag mit der Arbeitszeitfrage. Das Referat hierzu erstattete Frayne (England). Er wies darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise und der Not auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitszeit zu einer der wichtigsten Fragen der Gegenwart geworden sei. Besonders schwierig gestalte sich das Arbeitszeitproblem vor allem in den auf den Export eingestellten Industrien, und dazu gehöre ja auch die Textilindustrie. Trotz alledem müsse eine Anpassung der Arbeitszeit an die durch die Weltkrise geschaffenen neuen Verhältnisse der Wirtschaft, d.h. eine scharfe Verkürzung der Arbeitszeit erfolgen.

Mittwoch nachmittag besuchte der Kongress das Grab Jaeckels, wo zu Ehren des toten Textilarbeiterführers ein Kranz niedergelegt wurde.

SPD. Eine vom Büro der Internationalen Bekleidungsöderation zu Mitte August nach Leipzig einberufene internationale Konferenz der Pelzarbeiter nahm zu dem Problem der russischen Pelzausfuhr Stellung. Der Vorsitzende des Büros Plettli-Berlin hob in seinem Begrüssungswort hervor, dass die Arbeiterschaft der Pelzindustrie vor allem in Deutschland und England unter den Auswirkungen des russischen Exports schwer zu leiden habe. Man dürfe daher von den zuständigen Behörden Massnahmen zur Sicherung der Arbeits- und Lebensmöglichkeiten

der Pelzarbeiter erwarten.

Die Russen setzen, wie Ploog-Berlin vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband nachwies, alles daran, um die Produktion der Pelzindustrie, die bisher zu etwa 80 Prozent von Deutschland und England erledigt wurde, für Russland zu sichern. Die russische Pelzproduktion, die bis 1929 7,7 Millionen Rubel betrug, ist bis 1930 auf 93,3 Millionen Rubel gestiegen. Die Ausfuhr von Rohfellen ist um 50 Prozent gesunken, die Ausfuhr veredelter Waren um ebenso viel Prozent gestiegen. Kein Wunder, wenn die Arbeitslosigkeit der Zurichter in Deutschland von 7,3 Prozent im Jahre 1928 auf 30,7% im Jahre 1931 gestiegen ist. Die Russen verkaufen sogar veredelte Ware im allgemeinen billiger als rohe Ware, um so unter allen Umständen die ganze Pelzproduktion in die Hand zu bekommen.

Die Konferenz nahm einstimmig eine Entschliessung an, worin die Regierungen der beteiligten Länder aufgefordert werden, mit der Sowjetregierung Verhandlungen zu führen, um die Ausfuhr von veredelter und von Fertigware aus der Sowjetunion nach den einzelnen europäischen Staaten für einen mehrjährigen Zeitabschnitt quotenmässig zu begrenzen.

SPD. Für das württembergische Holzgewerbe ist ein Zwangstarif geschaffen worden. Die Unternehmerverbände hatten sehr empfindliche Verschlechterungen in den Bestimmungen des Mantelvertrags und einen weiteren Abbau der Löhne um 12 Prozent gefordert. Sie gingen den Stuttgarter Schlichtungsausschuss um Hilfe an und sie haben dabei, wie der weitere Verlauf des Tarifkonfliktes zeigt, nicht daneben getippt. Es kam zu einem Schiedsspruch, der im Mantelvertrag keine grundsätzlichen Aenderungen, in der Lohnfrage aber einen weiteren Abbau des tariflichen Spitzenlohns um 6 Pfennig pro Stunde vorsah. Der Spruch wurde mit den Stimmen der Unternehmer gefällt. Trotzdem genügte er ihnen nicht; sie wollten ja 12 Pfennig abbauen. Der Schlichter setzte nun Mitte August neue Vergleichsverhandlungen an, zu gleicher Zeit aber erklärte er die Neuregelung des Mantel- und Lohn tariffs von amtswegen für verbindlich.

Zweifellos hat der Schlichter einen Widerstand der Arbeiter unmöglich machen wollen. Wo die Arbeiter kämpfen könnten, fährt man mit dem Zwangstarif dazwischen, und wo nicht, lässt man die Dinge treiben. Sarkastisch bemerkt die freigewerkschaftliche Holzarbeiterzeitung zu diesem Ausgang des Konflikts: "Jetzt weiss man wenigstens, wie es gemeint war, als Stegerwald sagte, er stelle seinen staatlichen Schlichtungsapparat nicht mehr zu einer allgemeinen Lohnsenkung zur Verfügung." -

Was sich zur Zeit in verschiedenen Industrien und Gewerben im Reich und in den Bezirken abspielt, ist von einer neuen allgemeinen Lohnsenkung bald nicht mehr weit entfernt. Abgebaut wird noch immer, wenn auch ohne viel Geräusch. Lautlos, aber wahrhaftig nicht schmerzlos. Der Arbeiterhaushalt ist ja längst auf Hungerration gesetzt.

SPD. In Erfurt findet zur Zeit der Verbandstag der Lithographen und Stein-drucker statt. Die Organisation kann in diesem Jahr auf 40 Jahre Bestand zurückblicken. Die Aussprache über den Geschäftsbericht ergab ein einmütiges Vertrauensvotum für den Verbandsvorstand. Vor allem fand die Haltung der Verbandsleitung unter Führung des Verbandsvorsitzenden Hass gegenüber der RGO restlos die Billigung des Verbandstages. Alle Delegierten unterstützten bei der Abstimmung die Auffassung des Vorstandes, dass die RGO-Leute im Verband der Lithographen und Steindrucker nichts zu suchen haben.

6 Monate Atempause.

Die Stillhalteergebnisse von Basel.

SPD. Nachdem durch Auflockerung des Zahlungsverkehrs die Gefahren für eine Konsolidierung des deutschen Geldwesens aus Deutschland selbst gebannt worden sind, ist es durch das auf der Baseler Konferenz erzielte Kompromis gelungen, Gefahren, die vom Ausland drohen, abzubiegen.

Bis jetzt bestand immer noch die Möglichkeit, dass rund 7 bis 8 Milliarden Mark kurzfristige Kredite vom Ausland gekündigt und abgezogen werden konnten. Wenn die Abziehungen restlos erfolgt wären, so würde das sicherlich über die Kräfte Deutschlands gegangen sein. Die Reichsbank hätte allerdings die alte Erfahrung erproben können, wonach der Gläubiger, der sein Geld prompt erhält, auf weitere Abhebungen verzichtet. Das hätte eine Erklärung der Reichsbank bedeutet, monatlich einen bestimmten Betrag auf Grundlage eines mehrjährigen Rückzahlungsplanes für Abdeckung der kurzfristigen Verschuldung zur Verfügung zu stellen. Sehr wahrscheinlich hätte die Reichsbank nur einige Monate zu zahlen brauchen, mit der Wirkung, dass das Ausland sich eines anderen besonnen und auf die Rückzahlung seiner Kredite verzichtet hätte. Im Gegensatz zu der oft erörterten Selbsthilfepsychose in Deutschland haben Regierung und Reichsbank es vorgezogen, in Basel auf ein Kompromiss einzugehen. Das ist kein Vorwurf und kann kein Vorwurf sein, schon aus dem Grunde, weil dieses Kompromiss Deutschland die nötige Atempause gibt. Es sind schon schlechtere Kompromisse gemacht worden. Deutschland erhält gegenüber dem Druck kurzfristiger Schulden eine Ruhepause bis zum Februar 1932. Bis dahin wird man den Problemen gründlicher zu Leibe gehen können. Das hat man in Basel offen ausgesprochen.

Bei den ganzen Verhandlungen in Basel muss zwischen der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands bzw. der deutschen Banken, die durch Hereinnahme kurzfristiger Auslandskredite in Devisen entstanden ist, und solchen Markguthaben unterschieden werden, die ausländische Banken bei deutschen Banken unterhalten. Gerade die Frage der Markguthaben ist hart umstritten worden. Die Ausländer sagten, wenn Deutschland seinen Zahlungsverkehr aufgelockert und wieder normal gestaltet hat, so ist es nur recht und billig, dass Markbeträge, die Ausländer in Deutschland besitzen, keine Ausnahmebehandlung erfahren. Die Reichsbank aber fürchtete, dass die plötzliche Abziehung von ausländischen Markbeträgen, die auf etwa 1 Milliarde zu veranschlagen sind, der Währungsreserve gefährlich werden könnte. Das Stillhaltekompromiss geht nur dahin, dass von diesen Markbeträgen sofort 20 % abgezogen werden können. In den folgenden Monaten ist die Abziehung von je 15 % möglich. Die Reichsbank kann aber sofort eingreifen, wenn ihre Währungsreserve durch diese Abzüge bedroht wird. Man hat durch dieses Kompromiss den berechtigten Forderungen beider Seiten Rechnung getragen.

Hinsichtlich der kurzfristigen Verschuldung hat der deutsche Standpunkt in der Zeitfrage gesiegt. Die ausländischen Gruppen werden nicht 3 Monate, wie gefordert wurde, sondern 6 Monate still zu halten haben. Die Einzelheiten sind zwischen Gläubigern und Schuldnern zu regeln. Diese Regelung erfordert eine Unzahl von Verträgen und die Bankjuristen werden recht viel Arbeit bekommen. Gegenüber dem Zugeständnis der ausländischen Gruppen hat Deutschland sich bereit erklärt, dass auch der letzte Kreditnehmer für den Kredit garantiert. Man

muss sich die Dinge so vorstellen, dass die ausländische Bank das Geld an eine deutsche Bank weitergeleitet hat. Die deutsche Bank gab das Geld an irgendeine Industriefirma. Bisjetzt garantiert nur die Bank; zu dieser Bankgarantie tritt nun die Garantie der Industriefirma. Geregelt ist auch die sogenannte Adressenfrage. Sie steht mit dem Angebot der deutschen Industrie in Verbindung, wonach die Industrie durch die Golddiskontbank für ausländische Kredite Garantie übernimmt. Nach dem Abkommen in Basel kann eine Umlagerung der jetzigen kurzfristigen Verschuldung in der Art vorgenommen werden, dass die Golddiskontbank bis zu 10 % der Kreditsumme an Stelle anderen Banken tritt. Um zu verhüten, dass der Golddiskontbank die faulen Schuldner überlassen werden, ist ausdrücklich betont, dass die Bank, die durch die Golddiskontbank abgelöst werden soll, sich nicht in Konkurs befinden darf.

SPD. Der Skandal, dass das Reich mit Hunderten von Millionen private Banken saniert, ohne sich bisher eine ausreichende Kontrolle über die volkswirtschaftlich richtige Verwendung seiner Gelder verschafft zu haben, hat die Leidenschaft, mit der die deutsche Oeffentlichkeit eine Kontrolle der Banken fordert, gesteigert. Die Befürchtungen, dass die Regierung unter Druck der Interessenten diese Forderung ins Harmlose abbiegt, ist gerade nicht geeignet, jene Beruhigung in der Oeffentlichkeit wieder herzustellen, der das deutsche Geldwesen zu seiner Gesundung bedarf. Deshalb ist es doppelt erfreulich, dass die Gewerkschaften sich der Sache angenommen haben und den Ablenkungsmanövern der Interessenten ein Programm entgegenstellen, dessen Verwirklichung die notwendige Kontrolle gewährleistet. In den vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und dem Afa-Bund aufgestellten Richtlinien wird gefordert, dass das Reich die Aufsicht über alle Banken einschliesslich der Niederlassungen ausländischer Banken ausüben muss. Mit Rücksicht auf die internationale Bindung des Bankengesetzes ist nur die Reichsbank auszunehmen. Das Bankenamt kann auch solche Banken ganz oder teilweise von der Aufsicht ausnehmen, deren Verbindlichkeiten einen bestimmten Betrag nicht überschreiten. Im übrigen wird die Ausübung des Bankgewerbes von der Erlaubnis des Bankenamtes abhängig gemacht. Danach würde die Ausübung des Bankgewerbes in Deutschland konzessionspflichtig sein.

Als Träger der Reichsaufsicht wird neben der Reichsregierung das Bankenamt bezeichnet. Es soll aus einem von der Reichsregierung zu ernennenden Vorstand bestehen, zu dem ein Beirat tritt. Zu je einem Drittel sind die Mitglieder des Beirates von der Arbeitnehmer- und der Arbeitgebergruppe des Reichswirtschaftsrates vorzuschlagen. Das Vorschlagsrecht für das restliche Drittel erhalten Reich, Länder, Gemeinden und Reichsbank. Auf die Zusammensetzung des Vorstandes und des Beirates wird natürlich alles ankommen, weil beide die allgemeinen Richtlinien für die Tätigkeit des Bankenamtes zu bestimmen haben, gegen die der Reichsregierung das Einspruchsrecht zustehen soll. Der Vorstand ist bei seinen Entscheidungen an die Richtlinien des Bankenamtes gebunden und für ihre Durchführung bei den Banken verantwortlich. Gegen seine Beschlüsse können die Banker beim Beirat Einspruch erheben. Der Beirat muss mindestens einmal monatlich zusammentreten und der Vorstand muss dem Beirat jede gewünschte Auskunft geben. Diese Bestimmungen sollen bezwecken, dass der Beirat wirklichen Einfluss auf die Banken erhält und nicht, wie in anderen Fällen, zu einer blossen Verzierung wird. Das Bankenamt muss bei den Grossbanken und kann bei den übrigen Banken einen oder mehrere Bankkommissare einsetzen. Diese Kommissare sind Organe des Bankenamtes und an seine Anweisungen gebunden. Ihnen ist die Einsicht in alle Geschäftsvorgänge zu gewähren. Sie können Beschlüsse und Rechtshandlungen aller Organe der Banken, die nach pflichtgemäßem Ermessen der Bankkommissare gegen die Richtlinien und Anordnungen des Bankenamtes verstossen oder die Sicherheit der Einlagen oder der gesamtwirtschaftlichen Interessen gefährden, beanstanden.

Bei Streit zwischen Banken und Bankkommissaren entscheidet das Bankenamt endgültig. Das Bankenamt hat auch Wirtschaftsprüfer anzustellen und kann durch diese Wirtschaftsprüfer die seiner Aufsicht unterliegenden Banken und erforderlichenfalls grosse Schuldner der Banken untersuchen lassen.

Um die Aufsicht durchzuführen, ist das Bankenamt verpflichtet, alle Anordnungen zu treffen, die erforderlich sind, um die Geschäftsbetriebe der Banken mit den Gesetzen, den Richtlinien und den Anordnungen des Bankenamtes in Einklang zu bringen. Insbesondere kann das Bankenamt von den Banken jede ihm notwendige Auskunft verlangen. Im Interesse der Kreditsicherheit wird gefordert, dass das Bankenamt die Einhaltung der Vorschriften des allgemeinen Aktienrechts hinsichtlich des Bilanzabschlusses und der Bilanzprüfung überwacht. Die Banken sind verpflichtet, dem Bankenamt monatlich Berichte und Bilanzen und zum Jahresschluss den Geschäftsbericht nebst Gewinn- und Verlustrechnung einzureichen. Für die Aufstellung der Berichte und Bilanzen gibt das Bankenamt besondere Formblätter heraus, in denen vor allem Kreditoren und Debitoren nach In- und Ausland und nach Höhe der Kredit aufgegliedert sein müssen. Mindestens alle zwei Jahre hat das Bankenamt bei den einzelnen Banken eine Revision vorzunehmen. Dem Bankenamt wird die Verpflichtung auferlegt, generelle Vorschriften über die Anlagen der Banken unter dem Gesichtspunkt der Liquidität und der Sicherheit der Anlagen und unter dem Gesichtspunkt gesamtwirtschaftlich erwünschter Kapitalrichtung zu erlassen. Dabei hat das Bankenamt das Recht, den beteiligten Banken und den Kommissaren den Stand der Verpflichtungen von Schuldnern, die von mehreren Banken Kredite erhalten haben, mitzuteilen. Es ist verpflichtet, auf Anfrage den Banken und ihren Kommissaren Auskunft über die Verschuldung eines Schuldners bei anderen Banken zu erteilen. Die Banken sollen gehalten werden, dem Bankenamt von jeder, durch sie für ein Unternehmen durchzuführende Aktien- oder Schuldverschreibungsemission Mitteilung zu machen. Wenn das Bankenamt nicht innerhalb einer Frist von 4 Wochen Einspruch erhebt, gilt die Emission als genehmigt. Zu dem Aufgabenkreis des Bankenamtes gehört auch die Aufstellung allgemeiner Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten. Die Aufnahme solcher Kredite ist gegebenenfalls von der Zustimmung des Bankenamtes abhängig zu machen. Weiter hat das Bankenamt das Verhältnis von Gesellschaftskapital zu den Einlagen zu bestimmen, das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Besitz oder Beleihung von Aktien oder Anteilen anderer Erwerbsgesellschaften als Höchstgrenze festzusetzen. Es soll auch im Einvernehmen mit der Reichsbank Rahmenbestimmungen für die Kreditbedingungen der Banken, insbesondere für die Berechnung der Soll- und Habenzinsen und Provisionen erlassen können. Der Abschluss von Interessengemeinschaften und Fusionen bedarf der Genehmigung des Bankenamtes. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die gesamtwirtschaftlichen Interessen oder die sozialen Interessen der Bankangestellten nicht ausreichend gewährleistet sind.

Bei gröblicher Verletzung der gesetzlich begründeten Pflichten durch die Banken hat der Bankenamt im Einvernehmen mit dem Beirat das Recht, den Tatbestand der Reichsbank mitzuteilen, was die Kreditentziehung zur Folge hat, Vorstand oder Aufsichtsratsmitglieder von ihrem Amt zu entheben und die Konzession zu entziehen. Selbstverständlich sind im Gesetz auch entsprechende Strafvorschriften zu erlassen. Gegen Einzelentscheidungen des Bankenbeirats ist Rechtsbeschwerde beim Reichswirtschaftsgericht möglich, das nur über die rechtliche Zulässigkeit der Entscheidung befindet.

SPD. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Afa-Bund haben sich am Mittwoch mit den von den Hausbesitzerorganisationen vorgeschlagenen Plänen, die auf eine Beseitigung der Hauszinssteuer hinauslaufen, beschäftigt. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Abbau der Hauszinssteuer eine soziale Unge-

Rechtigkeit gegenüber den kleinen Sparern ist, auf deren Kosten der Hausbesitz in der Inflation eine in der Wirtschaftsgeschichte noch nie dagewesene Entschuldung durchführen konnte. Die Verwirklichung der von den Hausbesitzern aufgestellten Projekte bedeutet Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftskrise und jeder Versuch, die öffentlichen Einnahmen aus dem Althausbesitz weiter zu vermindern, wird daher auf den stärksten Widerstand der freien Gewerkschaften und der hinter ihnen stehenden Millionen Werktätigen stossen.

Die freien Gewerkschaften fordern langfristige Sicherung der bisherigen Erträge aus der Hauszinssteuer. Eine Reform der Hauszinssteuer wäre nur so durchzuführen, dass anstelle der Hauszinssteuer eine öffentliche, grundbuchlich zu sichernde und abdingbare Last tritt, diese muss derart bemessen sein, dass als Ausgangsbasis für den Umfang des jährlichen Zinsen- und Tilgungsdienstes unbedingt das Sollaufkommen der Hauszinssteuer gewählt wird. Die Festsetzung der dinglichen Last kann und muss nach den bezirklichen und örtlichen Verhältnissen abgestuft sein und soll im einzelnen den Erfordernissen einer ordnungsgemässen Bewirtschaftung der Häuser und der Gesetzgebung über die Verzinsung der Aufwertungshypotheken Rechnung tragen. Durch eine Verzinsung der dinglichen Last von $7\frac{1}{2}\%$ jährlich wird der Zusammenhang mit der Verzinsung der Aufwertungshypotheken gewahrt. Eine Tilgung von $2\frac{1}{2}\%$ jährlich zuzüglich der durch fortschreitende Amortisation ersparten Zinsen gewährleistet eine planmässige Abtragung der Lasten in $18\frac{1}{2}$ Jahren. Höherer Zins und hohe Tilgung geben einen Anreiz zu vorzeitigen Ablösungen oder verstärkten Tilgungen, die noch dadurch gefördert werden sollen, dass durch einen Diskontsatz, der von der Reichsregierung nach der jeweiligen Lage des Kapitalmarktes festzusetzen ist, Prämien gewährt werden.

Die zusätzliche Unterstützung Arbeitsloser und sonstiger wirtschaftlich schwächer Wohnungsinhaber durch teilweise oder vollständige Herabsetzung ihrer Wohnungslasten muss grundsätzlich von den Leistungen der Hausbesitzer an die öffentliche Hand getrennt werden. An die Stelle der bisherigen Hauszinssteuerbefreiungen müssen Mietzuschüsse der kommunalen Wohlfahrt treten, die die Beihilfen gerechter der persönlichen Bedürftigkeit des Mieters anpassen kann. Die dafür erforderlichen Mittel können den Kommunen aus dem Zinsen- und Tilgungsdienst der dinglichen Last zur Verfügung gestellt werden.

Die Mittel, die aus dem Zinsen- und Tilgungsdienst und aus vorzeitigen Ablösungen der dinglichen Belastung des Althausbesitzes einkommen, müssen in erster Linie für den Finanzbedarf der Gemeinden und zur Finanzierung des Wohnungsneubaus und der Erhaltung des Altwohnraumes verwandt werden.

Die freien Gewerkschaften lehnen es grundsätzlich ab, die Hauszinssteuerreform mit einer Beseitigung der jetzigen gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Mieter zu verbinden. Sie fordern vielmehr die Vereinheitlichung und Ausgestaltung der heutigen Gesetze zum Schutze der Mieter zu einem sozialen Wohn- und Mietrecht.

SPD. Die in Berlin stattgefundenen Verhandlungen über die Reorganisation der Nordwolle haben zu einem Erfolg geführt. Es soll eine Dachgesellschaft gegründet werden, die die Hauptwerke der alten Nordwolle erfasst. Die Warenlager, Aufträge usw. werden aus der Konkursmasse der alten Nordwolle ausgeschieden. Dafür stellt die neue Gesellschaft Aktien bzw. Barbeiträge für die Gläubiger der Nordwolle zur Verfügung.

Roggenverschleuderung beginnt.

(Berliner Getreidebörse vom 19. August 1931)

SPD. An der Berliner Produktenbörse machten sich am Mittwoch die Auswirkungen der erleichterten Roggenausfuhr bemerkbar. Es zeigte sich reges Interesse für diesen Artikel. Bei knappem Angebot in prompter Ware konnten sich die Preise merklich befestigen. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich schon bei der Eröffnung Preisgewinne von ca. 3 Mark, die sich im Verlauf noch weiter steigerten. Für Weizen war dagegen bei etwas grösserem Angebot die Stimmung ruhiger. Im Mehlhandel konnte sich nur geringes Geschäft bei unveränderten Mühlenforderungen entwickeln. Auch für Hafer war die Stimmung freundlicher, wenn es auch vielfach schwer war, höhere Forderungen durchzusetzen.

	18. August	19. August
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	219 = 221	222 = 224
Roggen	165 = 167	169 = 171
Neue Wintergerste	150 = 160	152 = 162
Hafer	146 = 154	147 = 156
Weizenmehl	27,00 = 33,50	27,00 = 33,50
Roggenmehl	23,75 = 26,25	23,90 = 26,50
Weizenkleie	11,25 = 11,75	11,50 = 12,00
Roggenkleie	9,75 = 10,25	1,00 = 10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 232-233 (Vortag 232 $\frac{1}{2}$), Oktober 231 $\frac{1}{2}$ = 232 (231 $\frac{1}{2}$). Roggen September 180 = 182 $\frac{1}{2}$ plus Geld (177 $\frac{1}{2}$), Oktober 182 $\frac{1}{2}$ -184 (179 $\frac{1}{2}$). Hafer September 149 (146), Oktober 151 $\frac{1}{2}$ (148).

SPD. In Brüssel ist ein europäisches Zinkkartell abgeschlossen worden. Es umfasst etwa 97 Prozent der europäischen Zinkerzeugung. Die nordamerikanische Zinkindustrie ist nicht vertreten, weil Amerika seine Erzeugung selbst verbraucht. Die Pläne gehen dahin, die Zinkpreise in die Höhe zu treiben und zwar durch Verringerung der Erzeugung auf 55 % des Standes in den letzten Konjunkturjahren.

Man hat des öfteren Versuche gemacht, mit kartellmässigen Mitteln dem Verfall der Rohstoffpreise entgegenzutreten. Bis jetzt haben alle diese Mittel versagt, weil die eigentliche Ursache durch solche Massnahmen nicht getroffen werden kann.

SPD. Die Ruhrkohlenförderung wird für den Monat Juli mit 7,275 Millionen Tonnen angegeben, gegenüber 6,939 Millionen Tonnen im Vormonat. Danach - der Juli hatte mehr Arbeitstage als der Juni - hat sich die arbeitstägliche Förderung von 274 741 Tonnen im Monat Juni auf 269 479 Tonnen im Juli gesenkt. Die Haldenbestände werden mit 10,26 Millionen Tonnen angegeben, gegenüber 10,21 Millionen Tonnen im Juni. Die Belegschaft hat sich weiter verringert und zwar von 251 792 Ende Juni auf 248 312 Ende Juli. Trotzdem wurden 893 000 Feierschichten eingelegt. Auf jeden Ruhrbergarbeiter entfielen also im Monat Juli 3,6 Feierschichten.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 19. August 1931.

Ein Brief Vanzettis.^x

Zum vierten Jahrestag der Hinrichtung Saccos und Vanzettis.

SPD. Am 22. August jährt sich zum viertenmal der Todestag der italienischen Arbeiter Sacco und Vanzetti. Seitdem hat der elektrische Stuhl nicht aufgehört zu arbeiten. Erst vor kurzem war die Öffentlichkeit wieder einmal beunruhigt wegen des drohenden Elektrotodes von acht Negerknaben in Alabama.

Während der langen Jahre, die Sacco und Vanzetti auf die Vollstreckung der Todesstrafe warteten, sind von ihnen viele Briefe an ihre Freunde geschrieben worden. Einer dieser Briefe von Vanzetti an seinen Genossen Blackwell vom 10. Januar 1927, sieben Monate vor seiner Hinrichtung, verdient ganz besonderes Interesse. Das bisher unveröffentlichte Schreiben ist voller Pessimismus. Es heisst darin unter anderem:

"Die letzten 6 Jahre erhalten wir zu Weihnachten eine Kinovorstellung und gutes Essen; hinterher werden wir bis zum nächsten Morgen in der Zelle eingeschlossen. Dies ist mein sechstes Weihnachtsfest im Gefängnis. Ich blicke zurück: die Vergangenheit war schlimm. Was uns erwartet ist noch schlimmer. Welch bitteres Weihnachtsfest!

.....Ich weiss nur zu gut, dass der Staat Massachusetts uns nach vier Monaten hinrichten wird.... Die Worte und Taten der in schwarz gekleideten puritanischen kaltblütigen Mörder Massachusetts haben uns jede Hoffnung auf Rehabilitation und Freiheit genommen. Am 1. Januar 1927 habe ich mir gewünscht, in diesem Jahr von hier heraus zu kommen - lebendig oder tot - und ich hoffe, dass dieser Wunsch in Erfüllung geht. Ich denke dabei nicht an einen Selbstmord....

Am 6. Januar $\frac{1}{2}$ 1 Uhr nachts hat der Staat Massachusetts drei Menschen durch den elektrischen Stuhl hingerichtet: Fuller, Präsident geworden, wird uns alle sieben verbrennen. Am 5. Januar erfuhr ich, dass drei Menschen, unmittelbar nach Mitternacht getötet werden sollten. Da die Vollstrecker der Todesstrafe und die Zeugen gewöhnlich nach der Vollstreckung eine Mahlzeit einnehmen, so wurden in der Küche drei Schinken gekocht. Wir erhielten hiervon Kenntnis. Ich beschloss, die ganze Nacht über zu wachen, um von meiner Zelle aus die Hinrichtung zu verfolgen. Doch gegen meinen Willen schlief ich ein; als ich erwachte, erfuhr ich von der Tötung der Drei. Drei Paar Augen für ein Paar, drei Leben für ein Leben. Ich hätte ein Kapitel darüber schreiben können - vielleicht schildere ich es noch, dieses kaltblütige Menschenmorden. Man muss wahnsinnig sein oder schamlos, um sich der Säuberung Massachusetts von den Verbrechern zu rühmen, während in Wirklichkeit das Verbrechen noch nie so verbreitet und so grässlich war, wie im Augenblick. Unmittelbar nach der Hinrichtung setzte geradezu eine Epidemie von Verbrechen ein. Zwei Tage darnach haben in Queanen-Mass zwei Kinder, ein 13 und ein 15jähriges Mädchen, eine Frau beraubt. In Meadlebooro hat ein Gefangener dem Aufseher den Kopf abgeschnitten. Eine Menge Verbrechen sind im Lauf von 5 Tagen nach dieser dreifachen Hinrichtung vollbracht worden.....

Ich bin überzeugt, dass Fuller sich geweigert hat, das Urteil gegen die Mörder von Carban und gegen den Neger, die bereits früher verbrannt wurden, zu ändern, um unangenehme Auseinandersetzungen mit unseren Freunden aus dem Wege zu gehen, falls diese um unsere Begnadigung nachsuchen sollten. Also der Neger ist ermordet, die drei jungen Menschen gleichfalls. Madeiros wird der

fünfte sein, Jerri Pollak der sechste, dann kommt die Reihe an uns. Insgesamt sechs Menschen sollen verbrannt werden.

Jerri wurde verurteilt, obgleich es keine Indizien gegen ihn gab. Zwei Tage später töteten und beraubten zwei junge Menschen den Gemüsehändler. Also noch drei Kandidaten für den elektrischen Stuhl. Einige meinten, falls Fuller sich von unserer Unschuld überzeugen liesse, würde er alles tun, um uns zu retten. Fuller will sich aber nicht überzeugen lassen, wie soll man ihn da überzeugen! Er muss uns töten, um die Würde und die Ehre des Staates zu retten....

Das Fädchen.^x

Von Kurt Miethke.

SPD. John Rich zuckte leicht zusammen. Er drückte den Hut etwas tiefer ins Gesicht, unter der breiten Krempe starrten seine grauen Augen über die Strasse.

John Rich sah seinen Doppelgänger, er sah, um es präziser auszudrücken, den Mann, dessen Doppelgänger er seit heute Abend geworden war.

John Rich hatte nicht nur das graugestreifte Beinkleid des Herrn an, der eben das Haus Nr. 157 der September-Avenue verliess, auch sein Mantel hatte den gleichen Schnitt und die gleiche Farbe, sein Hut war von demselben verwaschenen Schwarz wie der Herbert Wingstones, er hatte sich akkurat denselben Vollbart ins Gesicht geklebt, den jener von Natur aus trug, und auf seiner Nase sass dieselbe komisch verbogene Drahtbrille, über die hinweg Wingstone, der berühmte Juwelenhändler, nun schon seit Jahrzehnten Diamanten und Schmuckstücke prüfte und mit dem sicheren Blick des Kenners betrachtete.

John Rich sah den Mann, dem er heute bis aufs Haar glich, langsam die September-Avenue hinuntergehen und um die Ecke verschwinden. Dann blickte er auf seine Uhr. Er wartete genau vier Minuten, sein Herz klopfte stark in dieser Zeit - -

Und jetzt ging er mit behäbigen, sicheren Schritten, genau wie Herbert Wingstone, über den Fahrdamm. Er hatte die Hände in den Taschen seines Mantels vergraben, seine Finger umklammerten die Einbrecherwerkzeuge.

Es musste klappen! Seit Wochen war dieser Streich vorbereitet, es konnte nicht schiefgehen. John Rich hatte nicht nur Geste und Auftreten Wingstones kopiert, es war ihm sogar gelungen, seine gutmütige, ein bisschen fettig klingende Stimme zu imitieren. Und er wusste ganz genau, wo "ER" lag, der walnuss-grosse Diamant, von bläulicher Farbe und unerhörter Schönheit. Er lag in einem Geheimfach des Geldschrankes in der Privatwohnung Wingstones, begraben im Dunkel einer eisernen Kassette, aus der John Rich ihn befreien wollte an das Licht des Tages - in einem anderen Lande natürlich, wo man sich für blaue Diamanten interessierte und nach dem Woher nicht viel fragte.

Fassadenkletterei und Einbrüche waren John verhasst, dabei musste man zu sehr schwitzen, mit Ruhe liess sich auch was erreichen und wahrscheinlich sogar mehr als mit veralteten Methoden. So hatte er diesmal das Mittel der Kopierung des zu Bestehlenden gewählt, es würde sich sogleich erweisen, ob er damit wieder, wie immer, recht behalten hatte.

Er öffnete die Haustür und ging mit sicheren Schritten der Treppe zu.

Frau Muckle kam aus ihrer Portierloge heraus und blieb überrascht stehen:

"Ach, Sie sind es, Herr Wingstone! Ja, sind Sie denn schon wieder da?"

Im Herzen des Einbrechers frohlockte es. Sogar die Portiersfrau, die das Opfer Wingstone nun schon seit dreissig Jahren bediente, hatte die Maskierung nicht erkannt.

Er sagte in Wingstones gemütlichem Tonfall:

"Nein, ich habe nur etwas vergessen, ich gehe bald wieder."

Damit wollte er die Treppe hinaufsteigen, aber Frau Muckle lief hinter ihm her:

"Um Gottes Willen, Herr Wingstone, Sie haben ja einen schrecklich langen Faden am Mantel hängen!"

Lächelnd blieb John stehen und sah sich den langen weissen Faden an, der an seinem Mantelschoss gesessen hatte.

Frau Muckle wickelte den langen Faden zu einem Knäuelchen zusammen und steckte es in ihre Schürzentasche.

"Nein, so was", sagte sie und machte ein erschrockenes Gesicht. Gleich darauf fügte sie wie fragend hinzu:

"Und ich habe den Mantel doch erst vorhin abgebürstet. Jetzt muss ich abend nach meinem Abendbrot sehen, entschuldigen Sie bitte, Herr Wingstone."

Sie verschwand in ihrer Wohnung, und John Rich stieg die Treppe empor, öffnete die Flurtür, ging mit sicheren Schritten in das Arbeitszimmer des Juweliers, zündete das elektrische Licht an, zog seine Werkzeuge hervor und begann zu arbeiten.

Manchmal hielt er inne und lauschte, kein Laut war im ganzen Hause zu hören.

War doch ein unvorrichtiger Kauz, der gute Wingstone. Liess das Haus, in dem einer der kostbarsten Steine der Welt ruhte, von einer alten Pförtnerfrau, die keine Gesellschaft als ihren alten gichtkranken Mann hatte, bewachen. Legte den Stein in einen altmodischen Geldschrank, der sofort zu öffnen war, und glaubte naiverweise, ein Geheimfach sei ein Hindernis für einen Fachmann wie John Rich.

Zehn Minuten später war der Geldschrank offen. John Rich tastete mit der Hand die Innenwände ab und bald hatte er den schmalen Ritz gefunden, der das Geheimfach anzeigte. Wenige Minuten danach war es ihm gelungen, auch dieses zu öffnen und ein würfelförmiges rotes Samtkästchen hervorzuziehen, das er sofort aufklappte.

Er hatte Mühe, einen Ausruf des Entzückens zu unterdrücken. Der Stein war ein Wunder, es war, als ob ein Geheimnis in ihm steckte. John Rich ging unter die elektrische Lampe und liess in ihrem Schein die geschliffenen Flächen des kostbaren Stückes glitzern und flimmern. Ein Lächeln des Triumphes umspielte seine Lippen: Er hatte gesiegt!

In diesem Augenblick wurde hinter ihm die Tür aufgestossen.

John Rich fuhr entsetzt herum und starrte in die Mündungen von vier Revolvern.

"Hände hoch!" sagte Kommissar Beetle und lächelte.

Fassunglos hob John Rich beide Arme in die Höhe und starrte die vier Polizisten ungläubig an.

Kommissar Beetle ging auf ihn zu, betrachtete ihn eine Weile nicht ohne Ironie, aber auch nicht ohne eine gewisse Anerkennung, sah dann hinauf zu dem funkelnden Stein, den John noch immer in der Hand hielt, streckte seinen Arm danach aus und liess das Juwel in der Tasche verschwinden.

"Die Maske ist ausgezeichnet, John Rich", sagte er, "ganz ausgezeichnet, die Idee auch. Nur an der Ausführung haperte es diesmal. Ja, ja, Einbrechen ist ein schwieriger Beruf...."

Wütend fragte John Rich:

"Wieso hat es an der Ausführung gehapert? Das ist Blech. Ich begreife nicht, wo Sie es herwissen."

"Das darf ich Ihnen nicht verraten", erwiderte Beetle und zuckte die Achseln.

"Aber ich will es gerne sagen", wurde eine Stimme hörbar, und zwischen den drei in der Tür stehenden Polizisten schob sich die dicke Frau Muckle durch.

"Was Sie verraten hat, war der weisse Faden. Ich hatte Sie bestimmt nicht erkannt, aber als ich den weissen Faden abnahm, da sah ich etwas."

"Was war es?" fragte John Rich.

"Ich sah, dass Ihr Mantel geplättet war."

"Geplättet?"

"Ja, geplättet. Und Herr Wingstone war ein paar Minuten vorher mit einem Mantel weggegangen, der zwar genau so aussah wie der Ihrige, jedoch morgen erst von mir gebügelt werden sollte. Ich bin eine Hausfrau, und mir entgeht so etwas nicht."

"Verdammt!" sagte John Rich.

"Und dann, fuhr Frau Muckle fort, die Arme übereinanderlegend, "und dann, nachdem ich gesehen hatte, dass der angebliche Wingstone plötzlich einen geplätteten Mantel anhatte, dann sah ich dem angeblichen Wingstone ins Gesicht. Und da wusste ich, dass Sie nie und nimmermehr mein Herr sein konnten. Denn ich kann einen gefärbten Bart sehr wohl von einem richtigen unterscheiden. Ich bin sofort ans Telephon gestürzt und habe die Polizei gerufen, Sie können vielleicht einen Sherlock Holmes hinters Licht führen, aber nicht eine Hausfrau mit 'nem Blick für gebügelte Sachen. Was das schlimmste dabei ist, habe ich noch gar nicht gesagt: Mein Abendbrot ist dabei angebrannt...."

"Das ist für mich allerdings nur ein schwacher Trost", sagte Rich, während die Handschellen knackten.

"Nationale Selbsthilfe".

Wer hat das Wort wohl raustrompetet?
Gewiss ein wohldotierter Mann,
Der bei der Industrie diätet
Und dem drum nichts passieren kann!

Es klingt so stramm und so heroisch,
Die Brust bricht raus, der Bauch fällt rein,
Und alles murmelt stolz und stoisch,
Wir wollen "Autarkisten" sein -!

Besonders die, die sehr viel haben,
Hat die Parole ganz entzückt -,
Weil diese eingedeckten Knaben
Der Schuh an keiner Stelle drückt -!

So schallt es wieder froh und munter:
Was geht uns denn das Ausland an?!
Ein Patriot sieht auf es runter
Und zeigt, was er aus Eignem kann -.

Wenn wir von Marmelade leben,
Wie einst in wahrhaft grosser Zeit,
Kann man die Wassergläser heben -:
Mit deutschem Prost -, wir sind soweit!

Die Arbeitslöhne gehn nach unten,
Das Kapital wird sehr "autark",
Auf unsre Kosten zu gesunden
Scheint uns doch wirklich mehr als stark!

Bleibt uns mit dem Projekt gestohlen,
Wir kennen ja den alten Dreh -
Denn dieser Plan ist unverhohlen
Selbsthilfe für das Portemonnaie!

Kurt Kaiser Blüth.

Die treue Mikrobe.^x

Von Weare Holbrook.

SPD. Ich kenne einen Mann, der vom Missgeschick so beharrlich wie der selige Hiob verfolgt wird. Er verlor sein Vermögen an der Börse, seine Frau liess sich von ihm nicht scheiden, sein selbstgegorener Wein wurde sauer und all seine Goldfische gingen ein. Obwohl er sich täglich rasierte, grosse Mengen von Mundwasser verbrauchte und Schmidts garantierte Energiepillen schachte weise verschlang, konnte er keinen Verdienst finden.

Seine Freunde wandten sich einer nach dem andern von ihm ab, bis er ganz verlassen war. Nicht einmal ein Vertreter einer Versicherungsgesellschaft klopfte an seine Tür.

An einem schwülen Augustabend setzte sich der Unglückliche ganz verzweifelt auf eine Parkbank, das Kinn auf seine Ellbogen gestützt. (Der Arme war buchstäblich ausser sich; denn sonst hätte er dies nicht zustande gebracht.) Die Zeit war gekommen, da er allem ein Ende machen wollte. Warum sollte er weiter am Leben hängen? Niemand auf dieser Welt kümmerte sich darum, ob er nun lebe oder sterbe.

Mit einem tiefen Seufzer erhob er sich von der Bank und wankte dem Flusse zu. Plötzlich blieb er stehen. In seiner Nase kribbelte es. Nachdenklich schnupperte er. Das Kribbeln wurde stärker, es war, als wenn Elfen in seinen Nasengängen tanzten. Er zog Atem ein, schloss die Augen und wartete.

Auf einmal entrang sich seinem Innersten ein mächtiges Niesen - ein seeleerschütterndes Niesen, das wie ein Kanonenschuss in die schweigende Nacht ertönte. Erschauernd erinnerte er sich, dass heute der vierte August war, der Tag, an dem alljährlich sein Heuschnupfen begann. Der kleine Krankheitskeim hatte ihn nicht vergessen.

Freunde, Verwandte, Kunden und Lieferanten hatten ihn im Stich gelassen. Nur die kleine Mikrobe war ihm treu geblieben.

"Du liebe kleine Micky-Mikrobe", rief er aus und schneuzte sich gerührt, "ich hätte es wissen sollen, dass du mich nicht verlassen wirst!" Und das Bewusstsein, nicht mehr völlig einsam auf dieser Welt zu sein, flösste ihm neuen Lebensmut ein. Tränen traten in seine Augen und blieben darin - bis zum 15. Oktober 1931.

(Einzig berechtigte Uebersetzung von Leo Korten.)

"Ein Mann namens Nestroy".^x

SPD. So bezeichnete ihn Dinglinger, übelster Handlanger der von Metternich organisierten Reaktion, und so stand er lange Zeit weit weg vom Rampenlicht des Welttheaters, ein "Mann namens Nestroy", in Wahrheit einer der grössten Schauspieler und Dramatiker nicht nur Österreichs, sondern auch Deutschlands. Immer wieder hiess es, zwar sei er "ein Genie", doch zur Darstellung seiner Werke brauche man ein Ensemble dialektfester Komödianten. Zur Genüge haben wir auch gehört, dass sich allzuviel in seinen Komödien "überlebt" habe. Es gibt kein wahres Gefühl, keine echte Weisheit, die sich "überleben" könne. Und die mehr als siebzig Theaterstücke Nestroys sind voll von echten Gefühlen und grossen Gedanken, man nehme sich nur die Zeit, noch einmal nachzuschlagen.

Beim Lesen der Werke Nestroys bedarf es keiner umständlichen Vorbereitung und Anstrengung wie bei Aristophanes oder Moliere. Nestroy steht uns ohne geschichtliche und philologische Erklärungen so nahe, dass jedermann schon bei einfachen Lesen das Herz aufgeht. Vor allem zeigt sich sehr bald, dass die langläufige Meinung, die man über Nestroy zu hören bekommt, von grosser Einseitig-

keit ist. Ohne Zweifel enthält das Werk Nestroys alle Register der Komik, aber es ist ebenso umfassend hinsichtlich der Tragik und des Humors. Vor allem finden wir aber in der von Nestroy bestimmten Gemütslage des Humors einen weitblickenden, menschenkundigen, freundlichen Revolutionär, der vom Erhabenen und seinem Pathos weit abrückt, dafür aber das Unzulängliche an einem Ideal misst, das erreichbar wäre, wenn erst die Trägheit des Herzens und die Denkfaulheit allgemein überwunden würden.

Nestroy ist vor 130 Jahren in Wien geboren worden, seine Mithelfer im Geist waren Raimund und Grillparzer, dieser ein wehmütiger Naturdichter, jener ein gebildeter Klassizist. Nur Nestroy war im vollkommenen Sinne der Volksdichter, der Entzauberer der "höheren Welt", der das Volk als Volk anerkannte. Die "Oberen" sind ebenso arme Narren wie die "Unteren".

Das magische Mittel Nestroys ist die Selbstverspottung. Deshalb begegnet man in allen seinen Stücken der "Anspielung", die manchem Zeitgenossen als "Anstössigkeit" erschien. Heute ist das alles harmlos. Wie sich Nestroy, der in seinen Stücken im "Theater an der Wien", dem späteren "Carltheater", stets eine Hauptrolle spielte, als Galanter an die Frauen heranmacht, mit seinen Verführungskünsten auf Glatteis gerät, das bringt heute die Zimperlichsten zum befreienden Lachen. Nestroy hat es auf den Hochmut vor dem Fall abgesehen, den Spott für den Schaden, die Traurigkeit nach der Enttäuschung, auf Hinauswürfe, Entlarvungen und Enttronungen. Er ist leicht lieber Schurke als Spiessbürger, lieber ein Gauner als eine Schlafmütze, - kurzum, er ist Rebell, und jeder Charakter, der in dieser Linie liegt, erhält von ihm etwas Grandioses. Der Handlungsgehilfe Weinberl, wenn es ihm endlich gut geht, gesteht den Herzenswunsch seiner Bravheit, "auch einmal ein verfluchter Kerl zu sein".

Der ganze Zorn dieses Dichters entlädt sich in gewissen Szenen auf hochherrschaftlichen Besitzungen, wo Protz und Laune die willkürlichste Herrschaft ausüben. Da trifft mancher Satz die Gemeinheit solcher Standespracht. "Ich zal nichts. Ihr habt den Herrn von Felsenstein beherbergt. Diese Ehre möge fortan der Stolz eurer Familie sein!" So spricht der Standesherr. "Der Teufel soll sie holen! - Das tut er nicht. Er Teufel holt nie, was man will." Mitunter erleuchtet sein Wortunsinn den wirklichen Unsinn, beispielsweise bei der Wendung: "Wenn die reichen Leut net wieder Reiche einladeten, sondern arme Leut, dann hätten Alle genug zu essen!" Und gleich darauf die grossartige Erklärung: "Ich hab die Not mit Ihnen geteilt, es ist jetzt meine heiligste Pflicht, auch in die guten Tag' Sie nicht zu verlassen!"

Die dichterische Allseitigkeit Nestroys bewahrte ihn davor, parteilich aufzutreten. Keinen Stand hat er schmeichlerisch verherrlicht, niemals hat er Phrasen nachgeredet oder sich subaltern beliebt zu machen gesucht. Die Lacher sind immer gleich wieder die Belachten, die Spötter die Verspotteten. In komischer Grösse zeigt sich der Bürger dargestellt, der alle Eigenschaften des Spiessers hat und sich selbst verspottet. Mit der Liebesleidenschaft verfährt Nestroy echt genial in naivster Weise, er charakterisiert allgemeingültig und schüchtern, will sagen, mit instinktiver Scheu vor dem Dunklen und Drohenden des Geschlechts. Die Zofen, Köchinnen, Nähmädchen nehmen einen breiten Raum ein. Von den anderen, die als Dame auftreten müssten, sagt er räsonnierend, "sie werden um kein Haar besser sein". Die aber um ein Haar besser sein wollen, die "spielen die Ueberspannte, die Reine, die Verklärte, als wie die Jungfrau von Orleans, bevor's zum Militär 'gangen is".

Nestroy war lange Zeit nur als Parodist wirklich populär, in der Tat hat er als Entlarver des hochtrabenden Stils nicht nur zeitbedingte Verdienste. Einige seiner Sätze mögen das kennzeichnen, beispielsweise: "Ich erlaube mir, im Namen meines Königs vor deinem Grimm zu beben." Oder: "Lass aber erst 's Zelt zusammenräumen, überall liegen Erstochene herum, nur keine Schlamperei!" Oder: "Judith bin ich bevornamst, Witwe aus sehr gutem Haus und kenn mich vor Unschuld garnicht aus." Hebbels Judith hat Nestroy so parodiert, dass nicht feststeht, welches von beiden Werken breitere Spuren hinterlassen hat. "Unsere Waggen sind nicht Luxus bloss, wir müssen doch was haben, was wir strecken

vor'm Feind." Und der Häuptling Abendwind sagt über den diplomatischen Gebrauch der Konferenzen: "Da gibt es Empfangsfeierlichkeiten, nachher plauschen wir a bissel über dieses und jenes, nachher von allem Möglichen, und eh wir auf den eigentlichen Gegenstand kommen, sitzen wir beim Essen und denken an garnix mehr. Das heisst man Konferenz".

"Ein Mann namens Nestroy" hat in Dinglinger bezeichnet. Von Dinglinger weiss heute niemand mehr etwas, aber Nestroy rangiert als einer der bedeutendsten deutschen Dichter in der Geschichte. Bescheiden, wie er gelebt hat, war ihm nichts am Nachruhm und überhaupt an der Historie gelegen. Als er nach Graz in den Ruhestand ging, den er nur kurze Zeit genoss, wussten die wenigsten, dass Österreich seinen grössten derzeitigen Verlust erlitt. Aber heute steht er umso lebendiger um Bewusstsein der Nation. Sein Werk wird manches andere, viel berühmtere, im stillen überdauern.

Martin Richard Möbius.

Panoptikum der Welt.^x

SPD. Eine rheinische Zeitung brachte folgendes Inserat: "Alte Eisenwarenhandlung hier am Platze stellt Lehrling ein, wenn ein Kapital von 10 000 bis 20 000 Mark gegen gute Sicherheit gestellt wird. Angebote unter..."

Wie mag wohl der unternehmungslustige Kapitalist ausgesehen haben, der sich auf dieses Inserat gemeldet hat, um Lehrling in einer Eisenwarenhandlung zu werden?

+

Mr. Wrigley, der amerikanische Kaugummikönig, hat lange Zeit hindurch schlaflose Nächte verbracht: die Chinesen, deren Zahl grösser ist als die jedes anderen Volkes, waren einfach nicht zum Gummikauen zu bewegen. Endlich kam Mr. Wrigley die rettende Idee. Er stellte Extra-Kaubonbons für China her, die einen starken Zusatz des dort sehr beliebten Knoblauchs enthielten. Der Erfolg war durchschlagend, und der Anerkennung Chinas als eines Kulturfaktors dürfte nunmehr in Amerika nichts mehr im Wege stehen, nachdem das Strassenbild Kantons die gleichen stillvergnügt malmenden Kiefer zeigt wie das New Yorks.

+

Ein englischer Gelehrter hat eine Lücke in der Wissenschaft ausgefüllt: er hat die Lärm-Einheit festgelegt. Sie heisst 1 "Decibel", und mit ihrer Hilfe und entsprechenden Apparaturen lässt sich nun jedes Lärmquantum bequem errechnen. Das Maximum an Lärm beträgt 130 Decibels, und ein Flugzeugmotor erreicht es fast mit 110 Decibels. Merkwürdigerweise erreichen schreiende Zwillinge nur 6 Decibels; ob dem Herrn Professor da nicht doch ein Rechenfehler unterlaufen ist? Immerhin darf man auf die unfehlbar kommenden Rekorde gespannt sein. Wie wäre es mit einem Decibel-Match Goebbels contra Thälmann?

+

Der britische Admiral Jellicoe reformiert zur Zeit die traditionelle Seemannssprache. Unter anderem will er die Ausdrücke "Backbord" und "Steuerbord" durch die Begriffe der Umgangssprache "Rechts" und "Links" ersetzen. Es könnte, meinte er, vielleicht einmal ein Unglück geben, wenn im kritischen Augenblick die Begriffe Backbord und Steuerbord verwechselt würden. Man muss dieser Ansicht des alten Admirals mit aller Vorsicht begegnen. Sicher verwechselt der Seemann noch eher rechts und links als Backbord und Steuerbord!

+

Die österreichische Republik hat nicht nur die Vorrechte, sondern auch die Titel der Adligen abgeschafft.

In Salzburg lebt der Herausgeber der stramm völkischen Zeitschrift "Der Arier", Baron Warnitz. Als nicht mehr daran zu zweifeln war, dass der Zeit-